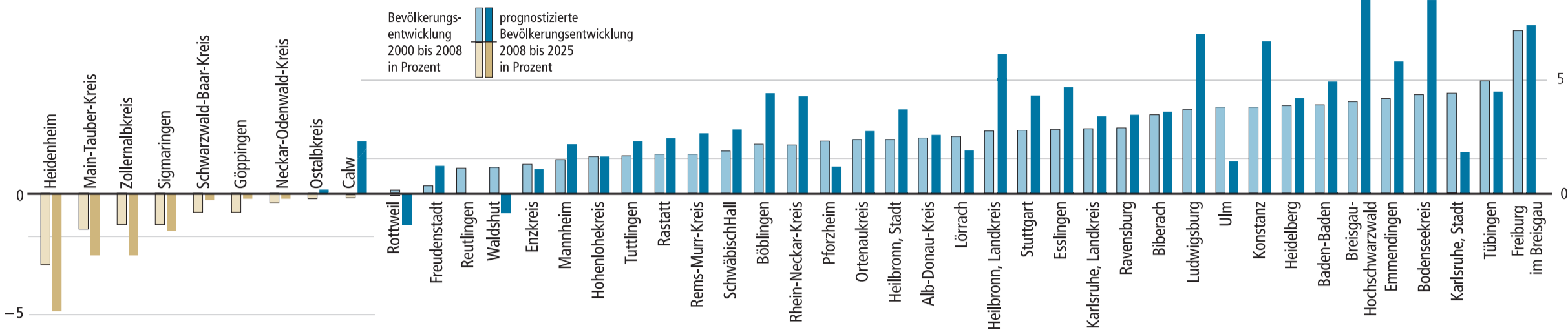


Zwischen Verödung und Boom: Gewinner- und Verlierer-Regionen im Land



SWP GRAFIK Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

Südwesten lockt die Menschen an

Bevölkerung in Baden-Württemberg soll laut Berlin-Institut bis 2025 um 3,4 Prozent wachsen

In Deutschland schrumpft die Bevölkerung. Nur Baden-Württemberg ist laut einer neuen Studie eine Insel der Glückseligen: Die Bevölkerung soll wohl wachsen. Das Statistische Landesamt sieht das aber anders.

JULIANE BAUMGARTEN

Berlin/Stuttgart. Die Forscher des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung präsentieren schlechte Aussichten: Das große Schrumpfen in Deutschland geht weiter. Vor allem ländliche Gebiete hätten in den kommenden Jahren mit einem erheblichen Bevölkerungsrückgang zu kämpfen. Besonders trübe sieht es da in Regionen in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt aus. Die Einwohnerzahl in Deutschland sei seit dem Höchststand 2002 um 800 000 auf 82 Millionen gesunken.

Nur der Südwesten sei für die Zukunft gut gerüstet: Baden-Württemberg hat als einziges Bundesland in den kommenden Jahren keinen Bevölkerungsrückgang zu befürchten, heißt es in der neuen Studie des Berlin-Instituts. Im Gegenteil, die Bevölkerung im Land soll von momentan 10 745 000 auf 11 112 000, also um 3,4 Prozent wachsen. Und das, obwohl weniger Kinder zur Welt kommen, als Menschen sterben.

Die große Lücke, die sich hier auf-tun müsste, werde durch hohe Zu-wanderung aus dem In- und Aus-land ausgeglichen. „Die gute Arbeitsmarktsituation und die hohen Einkommen ziehen die Menschen an“, sagt Steffen Kröhnert vom Berlin-Institut. Die innovative Wirtschaft, das hohe Bruttoinlandsprodukt und die positive Bevölkerungsentwicklung seien Indikatoren für eine positive Zukunft im Südwesten. „Der Trend für Baden-Württemberg in den nächsten 20 Jahren heißt Stabilität“, sagt Kröhnert.

Zwar habe das Land unter der Wirtschaftskrise gelitten, sich ver-

gleichsweise aber schnell wieder er-holt. So hätten zum Beispiel baden-württembergische Kleinstädte mit ihren ausgedehnten Neubaugebie-ten bundesweit das dritthöchste Haushaltseinkommen pro Kopf.

Der Südwesten gehöre zu Bayern zur „Boomregion“ in Deutsch-land. Besonders Biberach, Ludwigs-burg und der Bodenseekreis – sie lie-gen unter den Top 20 der besten Landkreise und kreisfreien Städte – seien gut für die Zukunft gerüstet.

Biberach belegte bei der letzten Erhebung 2006 allerdings noch den allerersten Rang, jetzt ist es nur-mehr Platz elf. „Es ist immer schwie-rig, den ersten Platz zu halten“, sagt Bernd Schwarzendörfer, Pressespre-cher des Landkreises. „Biberach ist nicht abgefallen, sondern die baye-rischen Spitzenkreise haben die baden-württembergischen über-trumpft“, meint Kröhnert vom Ber-lin-Institut. Das Bruttoinlandspro-dukt und das verfügbare Einkom-men seien dort höher.

Ein großes Manko sieht Kröhnert aber bei der Kinderbetreuung in Bi-berach. Das ist im Kreis bekannt, „da muss etwas passieren, da sind wir uns alle einig“, sagt Schwarzen-dörfer. Bei den Betreuungsplätzen der unter Dreijährigen lag der An-teil 2006 bei nur 10 Prozent. Jetzt sei er immerhin auf 16,1 Prozent ange-stiegen, gibt sich Schwarzendörfer zuversichtlich. Zudem seien die fa-miliären Strukturen im Kreis sehr gut, flächendeckende Kleinkindbe-treuung daher nicht nötig. Beson-ders freut den Biberacher die hohe Geburtenrate im Kreis: Sie liegt mit 1,5 über dem Landesschnitt, der nur 1,35 beträgt.

Als einziger Kreis schneidet Hei-denheim vergleichsweise schlecht ab. Ein Minus von fünf Prozent pro-gnostiziert die Studie. Im Heidenhei-mer Landratsamt sind die Probleme längst bekannt: „Wir gehen von ei-nem Bevölkerungsrückgang von knapp acht Prozent aus“, sagt Sylvia Neumaier vom zentralen Manage-ment. Die starken Wanderungsbe-wegungen haben auch erhebliche

Mehr davon: Auch in Baden-Württem-berg fehlt der Nachwuchs, werden we-niger Kinder als früher geboren. Die Kreise Biberach und Tuttlingen lie-gen mit statistischen 1,5 Kindern pro Frau besser als der Landesschnitt von 1,35. Wächst die Bevölkerung wie vorherge-sagt, ist das vor allem der Zuwanderung zu verdanken. Foto: Fotolia



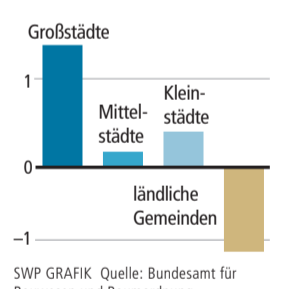
Alle zieht es in die Städte

Die Zukunft der Dörfer wird immer ungewisser: Selbst in Ba-den-Württemberg, wo die Be-völkerungsprognosen insge-samt durchweg positiv ausse-hen, leben immer weniger Men-schen in den ländlichen Gemein-den. Die Studie des Berlin-Insti-tuts für Bevölkerung und Ent-wicklung prognostiziert: „Kleine, verkehrsunfähig ge-legene Dörfer in dünn besiedel-ten Regionen werden veröden – und einige von ihnen irgend-wann verlassen sein.“

Große Städte wie Stuttgart, Freiburg oder Ulm profitieren hingegen von dieser Ent-wicklung. Sie konnten zwischen 2003 und 2008 einen erheb-lichen Zuwachs erreichen. Der wirtschaftliche Strukturwandel und die gute Arbeitsmarktsitua-tion ziehe gerade junge Men-schen verstärkt in Stadt- und Metropolregionen.

Die Dörfer müssen diesem Trend entgegensteuern: „Be-stand haben werden nur Dörfer,

die für sich eine neue Funktion finden, die eigene Arbeitsplätze bieten oder sich durch beson-dere Attraktivität als Wohnort auszeichnen“, heißt es in der Studie.



Als Großstädte gelten Orte ab 100 000 Einwohnern, als Mittelstädte Orte mit 20 000 bis 100 000 Einwohnern, als Kleinstädte Orte mit 5000 bis 20 000 Einwohnern, als ländli-che Gemeinden Orte unter 5000 Einwohnern. eb

Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Infrastruktur. „Das Arbeitskräfteangebot ist sehr un-befriedigend. Gut ausgebildete Fach-kräfte in allen technischen Berufen fehlen uns“, sagt Neumaier. Zudem sei die Alterung im Kreis Heiden-heim wesentlich höher als der Lan-desschnitt. Um dem wirksam ent-gegen zu steuern, plant der Kreis eine Bevölkerungsentwicklungsanalyse. Wenn die Daten erhoben sind, hofft Heidenheim darauf, passgenaue Maßnahmen und Lösungen ent-wickeln zu können. Denn die momen-tane Situation sei natürlich beunruhigend.

Spannend ist das Beispiel Baden-Baden: Der Stadtkreis gehört zu den 20 höchsten Wanderungsgewinn über-haupt. Denn die Stadt profitiert vor allem durch den Zuzug gut betuch-ter Rentner. Das ist mit ein Grund, warum es dort ein durchschnittlich verfügbares Haushaltseinkommen von 25 000 Euro pro Kopf gibt, der deutsche Durchschnitt liegt bei 19 000 Euro je Einwohner und Jahr. Damit ist Baden-Baden unter den Top 10 in Deutschland. Den Rent-nern sei dank.

Anders als das wirtschaftsnahe Berlin-Institut schätzt das Statisti-sche Landesamt die Bevölkerungs-entwicklung in Baden-Württem-berg ein. „Die Bevölkerung schrumpft seit 2008. Das wird so weitergehen. Im Jahr 2030 wird es ein Minus von 3,5 Prozent gegen-über 2008 geben“, sagt Werner Bra-chat-Schwarz, Experte vom Landes-amt. Durch die Altersstruktur werde das Geburtendefizit immer größer, und das sei durch den Wanderungs-gewinn nicht mehr zu kompensie-ren. Die Tendenz aber, dass es in Bi-berach sehr positiv und in Heiden-heim eher besorgniserregend aus-sehe, bestätigt der Statistiker.

Übrigens: Das Durchschnittsal-ter im Land liegt im Moment bei 42,2 Jahren. Schon 2030 soll es bei 46,6 Jahren liegen. Was dagegen zu tun ist, das können auch die Exper-ten nicht beantworten.

Zwei Neonazis zur Bewährung verurteilt

Karlsruhe. Zwei Neonazis sind ges-tern wegen Fortführung der verbotenen Vereinigung „Blood and Honour“ vom Landgericht Karlsruhe zu Bewährungsstrafen verurteilt worden. Ein 38-jähriger Karlsruher, der nach Überzeugung des Gerichts Rädelsführer war, erhielt eine Gesamtstrafe von 14 Monaten, ein 41 Jahre alter Mitangeklagter aus Mannheim sechs Monate.

Die Neonazi-Bewegung „Blood and Honour“ wurde im Jahr 2000 in Deutschland verboten. Die Staats-schutzkammer des Landgerichts sah es als erwiesen an, dass die bei-den zwischen 2004 und 2006 Skin-head-Konzerte organisiert haben. Außerdem haben sie im Namen von „Blood and Honour“ an über-regionalen Zusammenkünften innerhalb der Vereinigung teilgenommen und Außenkontakte zu anderen Organi-sationen gepflegt. Deshalb war der Vorsitzende Richter überzeugt: „Es gab Sektionen in Deutschland – auch in Baden.“ Der 38-Jährige sei dabei führend und Ansprechpart-ner für andere Gruppen der rechten Szene gewesen. Das Urteil wegen „Verstoßes gegen das Vereinsverbot“ ist nicht rechtskräftig. lsw

TV-Sender Al-Dschasira zu spät angemeldet

Am Wahlsonntag steht der Landtag im Medien-Mittelpunkt – SPD und Grüne planen Feiern

Es wird eng am Wahlsonntag – auch im und um den Landtag. Denn der vermutet knappe Wahlausgang stößt auf gewalti-ges mediales Interesse. Vor al-lem ARD und ZDF treiben einen immensen Aufwand.

BETTINA WIESELMANN

Stuttgart. Dieses Mal kam Al-Dschasira zu spät: Längst war im Landtag die Akkreditierungsfrist für die Medien am Wahlsonntag abge-laufen, als der arabische Nachrich-tensender Anfang der Woche Zulas-sung begehrte. Auch Spiegel TV bleibt das Hohe Haus wegen dro-naler Überfüllung versperrt. Und immer noch gibt es Anfragen. Weil es so spannend wie nie ist, wollen so viele Journalisten wie noch nie am 27. März aus Stuttgart berich-ten.

Landtagspressechef Quintus Scheble hat 21 TV- und 18 Radiosen-tern, sieben Nachrichtenagenturen, 20 Zeitungen und Magazinen zugesagt. Insgesamt werden 660 Me-dienvertreter erwartet, davon 100

von der schreibenden Zunft. Auf dem Parkplatz vor dem Landtag bauen ARD/SWR und das ZDF ge-rade ein Container-„Dorf“. Hier ist ein Teil des TV-Personals stationiert und fährt von dort die Live-Sendun-gen, die in den Wahlstudios in der Landtags-Lobby produziert werden – in Stuttgart wie in Mainz übrigens. Denn auch die Berichterstattung über den gleichzeitig stattfindenden Wahlabend in Rheinland-Pfalz wird von Stuttgart aus gesteuert.

In vollem Gange ist auch der Um-bau im Landtag. Die großen Glas-fenster werden mit getönter Folie abgeklebt, kilometerlange Stromka-bel müssen verlegt werden, an einer riesigen Alu-Rohr-Zwischendecke sind die unzähligen Scheinwerfer befestigt, die Sieger und Verlierer am Wahlabend ins rechte Licht rü-cken werden. „Da wird einem mal plausibel vor Augen geführt, wofür man Gebühren zahlt“, kommentiert Landtagsdirektor Ulrich Loch-mann den immensen Aufwand für wenige, aber wichtige Stunden.

Schon seit Mitte Januar hat sich das Statistische Landesamt mit sei-nen Computern im Ebertsaal im Obergeschoss eingerichtet. Hier,



Vorbereitungen zur Berichterstattung über die Landtagswahl. Foto: dpa

wo die Ergebnisse aus dem ganzen Land zusammenlaufen werden, wer-den derzeit noch die Programme ge-testet, die in Karten, Diagrammen, Tabellen amtlich anschaulich ma-chen werden, wie die Baden-Würt-temberger gewählt haben und wel-che Sitzverteilung daraus resultiert. Kooperiert wird mit Landeswahllei-terin Christiane Friedrich, die mit

ihren zehn Mitarbeitern direkt an-grenzend die rechtmäßige Durch-führung der Wahl festzustellen hat, einschließlich der dieses Mal even-tuell besonders wichtig werdenden Entscheidung über die Zahl mög-licher Ausgleichsmandate.

Aus Sicherheitsgründen dürfen sich im Landtagsgebäude an die-sem Abend nicht mehr als 1315 Men-schen aufhalten. Über die vier Fraktionen wurden 700 Zugangspla-ketten verteilt, nur je fünf Plätze werden den Ministerien zugestan-den. Da erstmals auch das Landtags-restaurant sowie ein Extra-Zelt mit Bewirtung und natürlich auch Bild-schirmen zur Verfügung steht, ha-ben nochmals etwa 450 Gäste Platz.

In Erwartung eines besonderen Wahlergebnisses hat die SPD im No-belhotel Zeppelin gegenüber dem Bahnhof zwei große Säle für ihre An-hänger gemietet. Die Grünen wol-len im Kunstgebäude in Landtags-nähe feiern. Die einschlägig bekann-ten Parkschützer erwarten 20 000 Menschen zur „Mappschiedsparty“ auf dem Schlossplatz. Wie viele Poli-zeisten an diesem Abend die Einhal-tung der Bannmeile rund um den Landtag schützen, ist unbekannt.

Behörde schaltet den Staatsanwalt ein

Freiburg. Das Regierungspräsi-dium Freiburg (RP) will die Vor-würfe, die sein Mitarbeiter Heinrich Wehrlin gegen die Behörde erhebt, von unabhängiger Seite prüfen las-sen. Deshalb hat Regierungspräsi-dent Julian Würtenberger die Staats-anwaltschaft eingeschaltet. „Ich will, dass diese Vorwürfe objektiv ge-prüft werden“, sie unterhöhlten das Vertrauen der Bevölkerung in die Fleischwirtschaft und die dort zu-ständigen Kontrollbehörden.

Heinrich Wehrlin kontrollierte im Auftrag des RP Schlachthöfe, ist aber seit 2008 krankgeschrieben. Er wirft seinen Vorgesetzten vor, ihn gemobbt zu haben. Seine Hinweise auf Missstände seien ignoriert wor-den. Auch dass er eine halbe Stunde in einem Kühlhaus eingesperrt wor-den sei, habe das RP nicht interes-siert, lauten die Vorwürfe. Wehrlin und das RP tragen auch einen Rechtsstreit vor dem Freiburger Ar-beitsgericht aus: Wehrlin verlangt Schadensersatz für die Verletzung seiner Persönlichkeitsrechte durch das Mobbing, die Beeinträchtigung seiner Gesundheit und entgangenen Verdienst. Nach Auskunft des RP verlangt er 90 000 Euro. wal